

Lichtenstein-Gaßnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlich, Berndorf, Käsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Nülsen St. Nicolas, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurn, Niedermülzen, Kühnappel und Litschheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

59. Jahrgang.

Nr. 170

Verbreitete Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk

Sonntag, den 25. Juli

Haupt-Insertionsorgan
im Amtsgerichtsbezirk

1909

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtagen nachmittags für den folgenden Tag. — Überzählerischer Ausgabepreis: 1 Mr. 50 Pf., durch die Post bezogen 1 Mr. 75 Pf. Einzelne Nummern 10 Pf. Geltungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwischenkreise Mr. 50, alle städtischen Postbeamten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Ausgaben werden die fünfgespaltenen Grundseiten mit 10, für auswärtige Abferien mit 15 Pf. berechnet. Kleinseiten 80 Pf. Ein einzelner Teil kostet die zweiflügelige Seite 30 Pf. Abfertigungs-Anspruch Nr. 7. — Abfertigungs-Anspruch Nr. 7. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Dienstag, den 27. Juli 1909,
vormittags 9 Uhr
sollen im Bierraume des hiesigen Agl. Amtsgerichts 65 Flaschen Südwine
und eine Segeltuch-Plane öffentlich versteigert werden.
Lichtenstein, den 24. Juli 1909.

Der Gerichtsvollzieher des Agl. Amtsgerichts.

Bekanntmachung,
die Sperrung des Stadtgartes betreffend.
Während des Parkfestes am 25. und 26. dieses Monats ist der Stadtgarten
einschließlich des Kroatenbergs für den Durchgangsverkehr gesperrt.

Das Wichtigste.

* In der Antwort der Pforte auf die Kretanote der Schuhmäcke wird erklärt, daß die Pforte die Einmischung eines dritten Staates in die Verwaltung der Insel nicht mehr dulden werde.

* In Konstantinopel wurde der Jubiläumstag der Verfassungsverleihung feierlich begangen. Der Sultan erließ eine Amnestie für eine Anzahl Teilnehmer an der Revolte vom 13. April.

* Der indische Student Dhangra, der den englischen Obersten Curzon Wyllie am 1. Juli d. J. in London ermordete, ist zum Tode verurteilt worden.

* Der bisherige französische Justiz- und Kultusminister Briand übernahm die Neubildung des Ministeriums.

* In Petersburg ist ein fünfstöckiger Neubau eingestürzt. 40 Personen werden vermisst.

* Der Negus von Abyssinien ist schwer erkrankt. Zwischen den Anhängern der regierenden Kaiserin und denen des Kaisers ist es zu ernsten Kämpfen gekommen.

Präsident Taft und die amerikanischen Zölle.

Die Inveracht der b. utschen Regierung, daß eine Revision des Zolllistens nach unten im letzten Augenblick doch noch zustande kommen werde, scheint sich erfüllen zu wollen. Die Vorgänge der letzten Tage lassen die optimistische Aussicht, die man in deutschen Regierungskreisen vertritt, erfreulicherweise als durchaus berechtigt erscheinen. Präsident Taft hat, wie wir unlängst mitteilten, doch noch eingegriffen und seine Erklärung, daß er den Tarif in der Fassung der Senatsbeschlüsse als nicht befriedigend betrachte, hat genügt, um die Schuhzöllner zum Nachgeben zu veranlassen. Das gemeinsame Tarifkomitee der beiden Häuser des Kongresses hat, nach dem „Conf.“, darauf beschlossen, die Zollsätze für Frauen- und Kinderkleider und Stoffe aus Baumwolle 5 Prozent unter den Dingelzölle herabzusetzen.

Das ist zwar etwas, aber doch nur herzlich wenig. Vor allen Dingen sind es die Zölle auf Handschuhe und Strumpfwaren, bei denen ein Eingreifen des Präsidenten unbedingt nötig ist. Die sächsische Textilindustrie stände vor einer schweren Behinderung ihrer Ausfuhr nach Amerika, wenn die Senatsbeschlüsse Gesetz werden sollten. Ebenso ist die Plauener Zöllner- und Stiderei-Industrie bedroht.

Auch die Kreisförderer Seidenindustrie und die Industrien von Annaberg, Batzen und anderen an der Textilausfuhr nach den Vereinigten Staaten beteiligten Präßen können die Belastung nicht tragen, die Abdruck und sein Anhang ihnen auferlegen wollen. Soll doch nach ihren Wünschen für baumwollene Waren eine Zollabschöpfung um annähernd 3 Prozent eintreten, für Seidenwaren gar eine solche um 8 bis 9 Prozent. Wenn für diese Positionen ebenfalls eine Herabsetzung um 5 Prozent unter den Dingelzölltarif zu erreichen wäre, dann wäre der deutschen Textilwarenausfuhr geholfen.

Der deutsche Botschafter in Washington, Graf von Bernstorff, bemüht sich wenigstens in dieser Richtung, und etwas wird er doch wohl noch durchsetzen. Nebenwegen dürfte er kaum nötig sein, nach Ablauf des deutsch-amerikanischen Abkommens wegen eines

neuen Vertrages zu unterhandeln, da Deutschland, falls es amerikanische Erzeugnisse ebenso günstig behandelt, wie die anderer Länder, ohne weiteres den amerikanischen Minimalzoll erhält.

Deutsches Reich.

Dresden. (Eine Vertrauensmännerversammlung der Dresdner Mittelstandsvereinigung lehnte zwar den offiziellen Beitrag zum Hansabund für die Vereinigung ab, sprach aber aus, daß sie nicht daran zweifle, daß der Hansabund auch die Interessen der kleinen Länder und Gewerbetreibenden vertreten werde, was sich durch ein gemeinsames Wirken von Mittelstandsvereinigung und Hansabund sehr wohl erreichen ließe.)

(Die sächsische Staatsbahnhverwaltung) verfügte Ende 1908 über ein Beamtenheer von 45.000 Mann. Die Anzahl der Bahnhöfe betrug 669, die der Haltepunkte 206 und der öffentlichen Ladestellen 33, also insgesamt 908 Verkehrsstellen.

Berlin. (Der Kaiser) ist gestern in Wolde eingetroffen.

(Sachsens Wahlrecht als Prüfstein für Preußen.) Von einer Seite, die mit preußischen Regierungskreisen politische Beziehungen unterhält, wird dem Dresdener Korrespondenten des Berliner Tagesspiegels mitgeteilt, daß die preußische Wahlreform davon abhängt gemacht werden soll (?), wie sich das neue sächsische Wahlrecht bewährt. Dieses bleibt bekanntlich weit hin, er den Erwartungen des sächsischen Volkes zurück. Aber immerhin wird es trotz seines ausgesprochenen klassencharakters den Arbeitern eine Anzahl Sitze in der Zweiten Kammer sichern. Auch schon während der Wahlrechtslärmste ist seitens jährlichen Landtage wurde die Ansicht geäußert, daß Sachsen gewissermaßen als Versuchsland für Preußen gelten sollte. Im Plenum ist diese Ansicht damals nicht weiter hervorgekommen; doch verdient erwähnt zu werden, daß die preußische Regierung ähnlich um Material über die Zusammenfassung der Wahlen und ihrer Stimmabgaben in einzelnen Wahlkreisen eingekommen ist.

Ausland

Madrid. (Die Meldungen vom marokkanischen Kriegsschauplatz werden einer strengen Zensur unterworfen und sind deshalb sehr spärlich. Aus Madrid wird gemeldet: Der spanische Minister des Innern habe infolge der von einzelnen Blättern entfalteten Agitation verfügt, daß den Zeitungen nur die Veröffentlichung von amtlichen Nachrichten über die Kriegsvorgänge im Marokko gestattet werden solle. Meldungen über Truppenbewegungen werden von der Zensur verhindert. Die Telefonverbindungen nach den Provinzblättern sind bis auf weiteres eingestellt. Das in Madrid erscheinende republikanische Blatt „El País“ wurde beschlagnahmt.) — Aus Madrid liegen, was unter den vorerrungen Umständen kein Wunder ist, Nachrichten über die kriegerischen Ereignisse in Nordmarokko nicht vor. Aus Tanger wird der „Böhmischen Zeitung“ gemeldet: Aus Granada in Andalusien kommen zahlreiche Rüststoffe, die die Spanier im Stücke gelassen haben, um gegen die Spanier zu ziehen. In Tanger laufen hartnäckige Gerüchte von Kämpfen um Ceuta um. Man hört entfernten Kanonendonner.

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11